

„Gemeinsam neue Wege wagen“

Oberbürgermeister Markus Lewe

Haushaltsrede 2024

Mittwoch, 20. September 2023

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Klimawandel, Corona-Pandemie, Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, Energiekrise, große Fluchtbewegungen, Inflation, sich verstärkende Spannungen zwischen Staaten weltweit, ein auch in Europa zunehmender Nationalismus: die Welt befindet sich im Dauerstress, in einem anhaltenden Krisenmodus, der immer mehr Menschen erschöpft und ganze Gesellschaften verunsichert. Auch bei uns in Deutschland. Auch bei uns erfahren diejenigen viel zu viel Zulauf, die mit einfachen und populistischen Losungen definitiv eines nicht anbieten: Lösungen.

Lösungen aber brauchen wir. Wir müssen eine tiefgreifende Transformation gestalten – und das nachhaltig. Es geht um Klimaneutralität und Klimaanpassung, um Energiewende, Verkehrswende, Digitalisierung und die Auswirkungen des demografischen Wandels, um Veränderungen des Lebens, des Arbeitens und des Wirtschaftens. Das alles gepaart mit einer multiplen Mangellage. Es gibt einen Mangel an Rohstoffen, an bezahlbarer Energie, an Wohnungen, an Fachkräften und einen Mangel an Frieden und Stabilität in der Welt.

Natürlich sind Veränderungen und Wandel für die Kommunen und auch für eine Stadt wie Münster keine neuen Phänomene. Jetzt aber sind die Herausforderungen erheblich vielfältiger und umfassender, müssen Veränderungen und Wandel schneller gestaltet und vollzogen werden wie kaum zuvor.

Wir müssen daher mit Mut neue Wege wagen, um die vor uns liegenden Herausforderungen erfolgreich zu meistern. Wir müssen Lösungen entwickeln und resilienter werden.

Der Grundstein hierfür ist der gesellschaftliche Zusammenhalt. Denn die notwendige Transformation erfordert eine gemeinschaftliche Anstrengung aus und in allen Bereichen der Gesellschaft. Wir benötigen die vielen Einzelnen und die gesamte

Stadtgesellschaft. Aber wir benötigen in den Kommunen auch den Rückhalt und die Unterstützung von Bund und Land.

Die Politik setzt zu oft falsche Schwerpunkte. Die Menschen machen sich Sorgen um die Zukunft sozialer und technischer Infrastruktur, über Energiesicherheit. Aber auch über gelingende Integration angesichts stetig wachsender Flüchtlingszahlen. Sie fragen sich, wie dringend benötigter Wohnraum entstehen soll (700.000 Wohnungen werden benötigt, 400.000 wurden versprochen, 200.000 sind entstanden).

Aktuelle politische Diskussionen über Themen, die mit den Sorgen und Ängsten der Bevölkerung wenig bis gar nichts zu tun haben, führen dazu, dass die Menschen das Gefühl und die Erkenntnis bekommen, Politik regiere komplett an ihnen vorbei.

Diskussionen über die Freigabe von Cannabis oder die massenhafte Umbenennung von Straßennamen, sind Beispiele dafür. Natürlich sind dies wichtige Themen und gerade mit den Straßennamen müssen wir uns verantwortungsvoll und kritisch historisch auseinandersetzen. Aber ich sehe die Gefahr, dass ein rigider Umgang damit zunehmend zu einer Spaltung der Gesellschaft führt. Mir ist es in diesem Zusammenhang wichtig zu betonen, dass solche Entwicklungen im politischen Diskurs zu Radikalisierungen führen können, die wir unbedingt verhindern müssen.

Oder ein anderes Beispiel, das uns jetzt konkret kommunal in Münster trifft. Die mit dem Bürgergeld verbundenen Leistungen wecken bei vielen den fatalen Eindruck, dass es sich nicht mehr lohnt, sich aktiv in den Arbeitsmarkt einzubringen. Wer kann sich da noch ernsthaft wundern, dass wir zum Beispiel nicht genug Busfahrerinnen und Busfahrer haben? Auf der anderen Seite bin ich mir darüber im Klaren, dass Arbeit auch angemessen entlohnt werden muss.

Die Diskussion über eine Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich ist mir angesichts der gegenwärtigen Lage ziemlich unverständlich. Ich kenne keine Herausforderung, die durch weniger Arbeit und Leistung bewältigt worden wäre. Wir brauchen mehr und nicht weniger Anstrengungen. Wir werden unsere Zukunft sicher nicht mit Selbstbeschäftigung und als lupenreine Spaßgesellschaft meistern.

Klimaschutz – Gemeinsamkeit schafft Gemeinwohl

Die Folgen des Klimawandels sind unser aller Alltag geworden. So war das Jahr 2022 für Münster das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen.

Der Sommer 2023 war ein Sommer der Extreme. Es gab Rekordhitze in den USA, in Spanien, Italien, Griechenland, der Türkei, in Indien, in China. Riesige Waldbrände haben in vielen Ländern schwarze Wüsten hinterlassen und heftige Starkregenereignisse zu enormen Überflutungen geführt.

Extremwetter ist nicht länger extrem; es ist dabei, zur neuen Normalität zu werden. Der zu Ende gehende Sommer 2023 hat in aller Deutlichkeit gezeigt, wie groß der Handlungsbedarf und auch der Handlungsdruck beim Klimaschutz weltweit sind.

In Deutschland ist der Klimaschutz gemeinsamer Auftrag von Bund, Ländern, Kommunen und Gesellschaft – Gemeinsamkeit schafft Gemeinwohl.

Wir müssen noch resilienter werden, um dadurch den Klimawandel vor Ort zu mildern. Denn die Städte werden im wahrsten Sinne des Wortes die Hotspots des Klimawandels und der damit einhergehenden extremer werdenden und länger andauernden Hitzewellen sein.

Als Stadt haben wir daher eine besondere Verantwortung, das 1,5 Grad-Ziel noch zu erreichen. Darauf richten wir auch weiterhin unsere Anstrengungen.

In Münster blicken wir auf viele Jahre der Klimaschutz- und Klimaanpassungsarbeit zurück und gehören hier zu den engagiertesten und erfolgreichsten Städten.

Die erneute Auszeichnung mit der Gold-Zertifizierung der European Energy Awards und die Auszeichnung für herausragende Leistungen im Bereich „Klimaneutrale Verwaltung“ beim Bundeswettbewerb „Klimaaktive Kommune“ zeigen, dass wir auch im vergangenen Jahr unseren erfolgreichen Weg beim Klimaschutz und für eine gute Zukunft und ein enkeltaugliches Münster weitergegangen sind.

Im Schulterschluss mit der hiesigen Wirtschaft und Wissenschaft, dem Handwerk, der Landwirtschaft, den Bürgerinnen und Bürgern, mit Land, Bund und EU, haben wir im Stadtforum „Münster wird Klimastadt“ die Arbeit an einem gemeinsamen Klimastadtvertrag aufgenommen.

Auch hier gilt: ohne die Stadtgesellschaft können wir das Ziel, klimaneutral zu werden, nicht erreichen. Es reicht nicht aus, wenn Privatpersonen, Unternehmen, Initiativen oder die Stadtverwaltung sich engagieren. Jede und jeder muss sich einbringen. Neue Wege wagen, das heißt, wir alle müssen unsere Gewohnheiten hinterfragen und uns noch mehr anstrengen, denn es lohnt sich, bei der Bekämpfung des Klimawandels um jedes Grad Celsius und jede Komma-Stelle zu kämpfen.

Wir befinden uns in einem fundamentalen Transformationsprozess und wir dürfen nicht mehr in den Schablonen des Gewohnten denken. Das Ziel einer klimaneutralen Stadt ist ohne vernünftige Alternative. Der Weg dorthin ist schwer und eine epochale Herausforderung.

Wir haben eine große Aufgabe zu bewältigen. Angesichts der Stärke unserer Stadt bin ich sicher, dass wir den Wandel zu einem klimaneutralen Münster gemeinsam schaffen können. Gemeinsamkeit steht dabei für den gemeinsamen Willen, neue Wege zu gehen und Lösungen zu finden. Es geht nicht mehr um das „Ich bin dafür“, sondern um das „Ich bin dabei“!

Ausreichend Fachkräfte gewinnen – eine der zentralen Zukunftsfragen

Wie ganz Deutschland sind wir auch in Münster mit einer weiteren zentralen Zukunftsfrage konfrontiert: Wie kann es gelingen, ausreichend Fachkräfte zu gewinnen?

Sei es in Kitas, in Schulen, in sozialen Einrichtungen wie der Pflege, im Handwerk, in Handel und Industrie, in vielen Bereichen der allgemeinen und der technischen Verwaltung und in städtischen Unternehmen: der insbesondere durch den demografischen Wandel verursachte Fachkräftemangel ist in der Realität und damit im alltäglichen Leben der Menschen angekommen. Die Corona-Pandemie hat hier den Finger in die Wunde gelegt und diese Entwicklung weiter dynamisiert.

Der Fachkräftemangel entwickelt sich immer mehr zu einem Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Mit dem Ausscheiden der Boomer-Generation aus dem Erwerbsleben wird sich die Lage erheblich zuspitzen. Gerade im Bereich der Kinderbetreuung ist der Mangel bereits jetzt besonders deutlich spürbar.

Fast 4.400 Betreuungsplätze haben wir in den vergangenen 15 Jahren neu geschaffen. 66 Großtagespflegestellen und 40 Kitas sind neu entstanden. Rund 95 Millionen Euro haben wir allein im vergangenen Jahr in die Erweiterung und Sanierung von Schulen und Kindertagesstätten investiert.

Wir setzen Baumaßnahmen im Bereich von Schule und Kita auch weiterhin mit Vorrang um und wollen in den kommenden Jahren rund 4.000 weitere neue U3- und Ü3-Kitaplätze schaffen.

Dennoch müssen wir konstatieren, dass wir trotz des landesweit vorbildlichen, massiven und kontinuierlichen Ausbaus des Betreuungsangebots mit dem rasant gestiegenen Betreuungsbedarf, der bei der U3-Betreuung lt. einer aktuellen Elternbefragung bei rund 83% liegt, nicht mithalten konnten und der zunehmende Fachkräftemangel die Situation weiter verschärft hat. Unsere Zahlen sind im landesweiten Vergleich sehr gut, aber trotz aller Anstrengungen klafft dennoch eine schmerzliche Lücke zwischen Angebot und Bedarf. Die schönen Statistiken helfen einer Familie in Betreuungsnot nicht weiter.

Zur Wirklichkeit gehört die bittere Erkenntnis, dass der Mangel in absehbarer Zeit nicht verschwinden wird. Denn der Betreuungsbedarf wird auch angesichts des kommenden Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule weiter steigen. So sinnvoll dieser Rechtsanspruch auch ist: mindestens ebenso sinnvoll wäre es, wenn diejenigen, die diese Versprechungen machen, auch mehr Verantwortung dafür übernehmen würden, dass diese Versprechungen eingehalten werden können. Die Kommunen müssen allzu oft ausbaden, was Bund und Länder beschließen.

Was wir brauchen, damit zum Beispiel mehr Personal in die Kinderbetreuung kommt, ist eine Fachkräfteoffensive, sind schnelle Reformen, eine auskömmliche Finanzierung und pragmatische Lösungen. Wir brauchen mehr Anerkennung für das Berufsbild der Erzieherinnen und Erzieher, das Land muss mehr Ausbildungskapazitäten schaffen und eine breit angelegte Ausbildungsinitiative starten. Und wir brauchen mehr Einstiegschancen. Es muss darum gehen, mehr Quereinstieg zu ermöglichen zu gewinnen, indem Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten weiter ausgebaut werden.

Dazu gehört auch, im Ausland erworbene Fachabschlüsse schneller anzuerkennen. Hier gibt es noch viel ungenutztes Potenzial. Wir brauchen klare und einfache Regeln für die qualifizierte Zuwanderung von Fachkräften – und das übrigens nicht nur für Erzieherinnen und Erzieher. Ansonsten werden wir im internationalen Vergleich weiter an Attraktivität für Fachkräfte verlieren.

Meine Damen und Herren,

wir nehmen die Sorgen der Familien, die keinen Kitaplatz für ihre Kinder erhalten haben, sehr ernst und versuchen alles, die Versorgungssituation so schnell wie möglich zu verbessern:

So bietet zum Beispiel das Anne-Frank-Berufskolleg zum neuen Schuljahr 2023/2024 erstmals zwei Klassen für die praxisintegrierte Ausbildung zur Kinderpflegerin oder zum Kinderpfleger an. Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger, die in Kitas als Ergänzungskräfte eingesetzt werden, sollen dazu beitragen, den Fachkräftemangel zu lindern.

Zudem werden Ende des Jahres voraussichtlich zehn sozialpädagogische Fachkräfte aus Spanien ihre Arbeit in städtischen Kindertageseinrichtungen in unserer Stadt aufnehmen. Im Rahmen eines Modellprojekts haben wir die Fachkräfte mit der Organisation „Talentbrücke“ ausgewählt.

Die Vorlage „Maßnahmenpaket zur Begegnung des Fachkräftemangels in Kindertageseinrichtungen“ ist ein erster Baustein, um das Angebot der städtischen Kindertageseinrichtungen zu stabilisieren. Die vorgeschlagene, befristete Maßnahme, 45-Stunden-Plätze nur noch an Kinder zu vergeben, welche die in dieser Vorlage definierten Kriterien erfüllen, greift die vorhandene Versorgungsrealität und die im Kinderbildungsgesetz vorgegebene Personalausstattung auf. Sie ist eine bittere Pille für viele Eltern. Sie soll aber einen stabileren und verlässlicheren Betrieb der städtischen Kindertageseinrichtungen erreichen.

Zahlreiche weitere Maßnahmen, etwa eine Imagekampagne für die städtischen Kitas oder die Einstellung von Studierenden entsprechend der Personalverordnung als Ergänzungskräfte, sollen ebenfalls helfen und einer weiteren Negativentwicklung entgegenwirken.

Fakt ist: wir brauchen dringend mehr Unterstützung von Bund und Land!

Zur Wahrheit gehört ist aber auch, dass sich die Probleme nicht in den Kitas allein lösen lassen. Vielmehr braucht es eine viel weitere, gesamtgesellschaftliche Betrachtung, um Lösungen zu finden.

Dazu gehört insbesondere auch die Arbeitswelt und dazu gehört auch die ideelle und finanzielle Wertschätzung für das, was außerhalb der Arbeit an wertvollen Leistungen für die Gesellschaft erbracht wird.

Wir müssen weg davon, dass der gesamte Alltag einer Familie von einer einzigen Kita abhängt. Es geht um Wahlfreiheit, um mehr Möglichkeiten, das eigene Familienmodell leben zu können. Dazu muss die gesamte Gesellschaft eltern- und kinderfreundlicher werden.

Wohnungsbau – bundesweiter Entwicklung als Stadtkonzern proaktiv entgegenwirken

Münster wächst. Das ist keine neue Erkenntnis. Bemerkenswert ist, dass dieses Wachstum in den vergangenen 20 Jahren so groß war wie in keiner anderen nordrhein-westfälischen Großstadt.

Ein Wachstum, das Folgen hat und sich in einem enormen Bedarf an Wohnraum widerspiegelt. Demensprechend hoch sind hier auch seit Jahren unsere Anstrengungen und Investitionen, mit denen wir diesem Bedarf begegnen.

Mit dem Handlungskonzept Wohnen haben wir vor zehn Jahren unsere Ziele und Positionen in der Bauland- und Wohnungspolitik festgelegt und die städtischen Maßnahmen zur Umsetzung dieser Ziele gebündelt. So haben zum Beispiel das Baulandprogramm und das Modell der Sozialgerechten Bodennutzung Münster ihre gewünschte Wirkung sehr erfolgreich entfaltet. Um den liegenschaftsorientierten Ansatz in der Sozialgerechten Bodennutzung Münster haben uns in den letzten Jahren viele Städte beneidet. Durch den erfolgreichen Ankauf von Flächen ist die Stadt Münster jetzt in der Lage, neue Baugebiete wie z.B. das Moldrickx-Quartier in Kinderhaus oder auch Albachen-Ost anbieten und steuern zu können.

Im Ergebnis hat sich der Wohnungsbau in unserer Stadt auch im vergangenen Jahr wieder besser entwickelt, sowohl hinsichtlich der Zahl der fertiggestellten Wohnungen als auch hinsichtlich der Zahl der Baugenehmigungen.

1.982 neue Wohnungen wurden in Münster im vergangenen Jahr fertiggestellt; ein Plus von 30,7 % gegenüber dem pandemiebedingt schwachen Vorjahr. Zudem haben von den rd. 4.300 Wohnungen im Bauüberhang bereits über 1.500 den finalen Bauabschnitt erreicht. Der Bau von weiteren 1.100 Wohnungen hat bereits begonnen. Und das Wohnbaulandprogramm der Stadt Münster sieht bis zum Jahr 2030 12.000 weitere neue Wohnungen für unsere Stadt vor. Kurzfristig bis 2026

werden gut 1.000 Wohnungen auf den beiden Kasernenstandorten York und Oxford entstehen, mittelfristig gut 1.000 Wohnungen im Gebiet nördlich Osttor in Hilstrup und langfristig in den Neuen Urbanen Stadtquartieren an der Steinfurter Straße, an der Busso-Peus-Straße und an der Kanalkante Südost allein 4.500 Wohnungen.

Dank einer vorausschauenden Stadtentwicklung haben wir gute Rahmenbedingungen geschaffen, um Wohnungsbau zu ermöglichen und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Allerdings setzen die galoppierende Inflation, der Anstieg der Zinsen, steigende Baukosten und der Fachkräftemangel dem Wohnungsbau massiv zu.

Das führt zu einer ebenso starken wie nachhaltigen bundesweiten Eintrübung der Baukonjunktur, während gleichzeitig bundespolitisch die Zielzahlen neuer Wohnungen und neuer Sozialwohnungen zwar aufrechterhalten werden, sie tatsächlich aber nicht nur deutlich verfehlt werden, sondern sogar in immer weitere Ferne rücken.

Auch für Münster ist zu befürchten, dass die Fertigstellungszahlen im Wohnungsbau in den kommenden Jahren deutlich sinken werden.

Bei gleichzeitig wachsenden Einwohnerzahlen würde diese Entwicklung den Druck auf den Wohnungsmarkt weiter erhöhen und insbesondere auch dazu führen, dass die Mieten von frei finanzierten Wohnungen erheblich steigen.

Das Handlungskonzept Wohnen wird regelmäßig evaluiert, angepasst und ergänzt. Um aber den sich massiv verändernden Rahmenbedingungen auf dem Wohnungsmarkt zu begegnen, müssen wir bislang bewährte Standards, Handlungsweisen und Verfahren überprüfen und gegebenenfalls neu ausrichten.

Wir können weder die Inflation einbremsen, noch die Höhe der Zinsen beeinflussen. Aber wir können und wollen insbesondere die Handlungsmöglichkeiten des Stadtkonzerns Münster in den Fokus nehmen und proaktiv und mit gebündelter Kraft der absehbaren Zurückhaltung am Wohnungsmarkt entgegenwirken.

Die Stadt Münster plant auch künftig verstärkt die Entwicklung von Baugebieten. Das städtische Baulandprogramm zeigt dabei auf, wo und wie Baugebiete geschaffen werden können. Die vor einigen Jahren begonnene Priorisierung bei der Bearbeitung der Baugebiete soll konsequent fortgeführt und die Prozesse innerhalb der Verwaltung sollen optimiert werden. Die städtischen Töchter Wohn + Stadtbau und Konvoy spielen bei der Umsetzung eine zentrale Rolle. Insbesondere die Stärkung des kommunalen Wohnungsunternehmens durch die Übertragung von städtischen Flächen im Wert von 50 Mio. Euro führt kurz- und mittelfristig zur Entwicklung von bezahlbarem Wohnraum. Der Stadtkonzern wird hier Verantwortung übernehmen.

Wir sind politisch nicht handlungsunfähig. Darauf hat im Juni dieses Jahres auf dem Deutschen Sparkassentag der Bundeskanzler hingewiesen und gesagt (ich zitiere

wörtlich): „Wir haben einige Stellschrauben, an denen Bund, Länder, Kommunen, Bauwirtschaft und Finanzinstitute gemeinsam ansetzen können, damit die Baukosten sinken: mehr serielles und modulares Bauen, weniger Normen, die die Kosten in die Höhe treiben, schnellere Planung und Genehmigung, digitale Bauanträge, mehr Bauland in den Kommunen.“ Ich kann und will Olaf Scholz hier nicht widersprechen.

Transformation erfordert wirtschaftliche Prosperität

Ob Wärmewende, Energiewende, Mobilitätswende, Wohnungsbau, Digitalisierung, Transformation – all das gibt es nicht zum Nulltarif, sondern erfordert gewaltige finanzielle Aufwendungen. Es bedarf keiner großen Erklärungen, dass die Kommunen, dass auch eine Stadt wie Münster das nicht einfach selbst stemmen kann. Bund und Land müssen die entsprechenden Mittel bereitstellen. Und zwar nicht im Klein-klein-Format und durch Förderprogramme, die durch ein Dickicht bürokratischer und starrer Hürden überreglementiert sind, sondern flexibel, unbürokratisch und dauerhaft.

Die Realität aber ist leider eine andere: Die Liste der Aufgaben, die Bund und Land den Kommunen übertragen, wird immer länger, das Subsidiaritätsprinzip dabei immer häufiger missachtet. Musik wird bestellt, aber nicht bezahlt.

Ein Blick in einschlägige Veröffentlichungen zeigt es deutlich: Die Finanzlage der Kommunen ist mehr als angespannt, und die Luft für Investitionen wird immer dünner. Auch in Münster ist unsere finanzielle Situation nicht mehr so entspannt, wie wir uns das alle wünschen würden.

Dabei ist es gerade jetzt dringend erforderlich, dass wir in die Zukunft unserer Stadt investieren. Dazu zählt für mich auch die Investition in einen nachhaltigen Nahverkehr. Wir dürfen hier keine Schnellschüsse machen, sondern müssen vor allem in Qualität und Pünktlichkeit investieren.

Bei uns wird die Demokratie für die Bürgerinnen und Bürger erfahrbar, daher müssen wir weiter handlungsstark, sichtbar und positiv wahrnehmbar bleiben, müssen wir auch weiter für gute und gleichwertige Lebensverhältnisse sorgen.

Dazu bedarf es einer Ausstattung mit ausreichenden finanziellen Mitteln, und – auch daran hapert es gewaltig – mit ausreichenden Rechten. Davon hängt nicht weniger als die Sicherung des sozialen Zusammenhalts ab.

Aber wir müssen auch selbst unsere Hausaufgaben machen und unserer Verantwortung gerecht werden.

Keinen Blumentopf gewinnen können wir, wenn wir unserer Wirtschaft die Luft zum Atmen nehmen.

Wer meint, wir bräuchten nicht mehr Gewerbeflächen, sondern eher weniger, der sägt am Ast, auf dem wir sitzen. Denn das Geld, das hier im Rat ausgegeben wird,

wird anderenorts erwirtschaftet. Die Leistungskraft von Wirtschaft und Arbeit der Unternehmen und Beschäftigten stellen das Fundament unserer finanziellen Bewegungsfreiheit.

Wir können uns daher schlicht und ergreifend keine wirtschaftliche Stagnation leisten, geschweige denn einen wirtschaftlichen Einbruch. Ohne Wirtschaft keine Einnahmen, ohne Wirtschaftswachstum kein Einnahmenwachstum. Ohne wirtschaftliche Leistungs- und Ertragskraft sichern wir nicht die Errungenschaften des modernen Sozialstaats und erreichen auch nicht unsere Klimaziele.

Die Wirtschaft übernimmt gesellschaftliche Verantwortung beim Klimaschutz und hat richtigerweise erkannt, dass eine konsequente Transformation, hin zu zukunftsorientierten und nachhaltigen Geschäftsmodellen, neue wirtschaftliche Chancen bietet.

Wir müssen mit der Wirtschaft weiter an einem Strang ziehen. Erfolgreiche Beispiele wie das Projekt Ökoprotit und der Klimavertrag weisen den Weg in die richtige Richtung.

Schlussbemerkungen

Wir stehen vor epochalen Herausforderungen, gepaart mit einer multiplen Mangellage.

An einem aber fehlt es unserer Stadt und ihren Bürgerinnen und Bürgern nicht: an Zusammenhalt und Mut, an Zuversicht und am festen Willen, unsere Stadt für eine gute Zukunft mit Engagement und Leidenschaft aktiv zu gestalten.

Unsere Stadt wird durch Krise und Wandel eine andere werden und doch so lebenswert bleiben.

Ob Klimaschutz und Klimaanpassung, Verkehr, Strom- und Wärmeversorgung, Geflüchtete, Wohnen, Digitalisierung, Bildung oder Fachkräftemangel – hier bei uns findet das Leben der Menschen statt. Hier sind die Kristallisationspunkte gesellschaftlicher Entwicklungen.

Die Städte sind die Keimzelle der Gesellschaft, ein Mikroorganismus, der wie kaum eine andere Einheit die Stimmung unserer Gesellschaft und ihre großen Herausforderungen abbildet. Aus diesem Mikrokosmos heraus entsteht auch die Transformation.

Hier bei uns fällt auch die Entscheidung darüber, ob uns als Gesellschaft die notwendige Transformation gelingt. Ohne die Mitwirkung der Kommunen ist keine der Herausforderungen erfolgreich zu meistern.

Bund und Länder müssen dazu ihren erforderlichen Beitrag leisten. Dazu gehören vernünftige Rahmenbedingungen. Als Stadt brauchen wir mehr Beinfreiheit; beim Wohnungsbau, beim Klimaschutz, beim Verkehr, beim Fachkräftemangel.

Wesentlicher Bestandteil müssen neben der finanziellen Ausstattung tragfähige rechtliche Rahmenbedingungen sein, die sich an Praxis und Realität vor Ort in den Städten und Gemeinden ausrichten und nicht an bundes- oder landespolitischen Wunschvorstellungen.

Meine Damen und Herren,

wir haben viele Aufgaben vor uns. Wir haben aber auch schon vieles in Bewegung gebracht und arbeiten längst an der Transformation.

So ernst und schwierig die Lage auch ist: Schwarzmalen werden wir besser nicht. Nutzen wir vielmehr unser Potenzial und strengen uns noch mehr an. Fördern wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ziehen wir gemeinsam an einem Strang – Politik, Verwaltung, Bürgerschaft und Wirtschaft – und wagen wir gemeinsam neue Wege. Dann haben wir alle Chancen und entziehen jedem politischen Extremismus den Boden. Das zeichnet Münster aus – und so muss es bleiben.

Ich wünsche uns allen, dass wir gemeinsam einen Kompass finden, um für die gute Zukunft unserer Stadt neue Wege zu wagen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!